



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/150 - 4.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Der Widersinn der westdeutschen Aufrüstung	S. 1
Personalfragen beherrschen Niedersachsen-Politik	S. 3
Österreichisch-italienische Spannungen über Südtirol	S. 5
Das Münchner Debit des Bundesvertriebenenministers	S. 7

Aufrüsten, um abzurüsten ?

sp - Bundeskanzler Adenauer verkündet seit Jahr und Tag die These, nur die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik werde Deutschland die Wiedervereinigung bringen. Soeben noch begründete er die Notwendigkeit einer solchen Wiederaufrüstung hier und heute und unter allen Umständen mit angeblichen Bürgerkriegsvorbereitungen in der DDR und verdächtigte die Opposition, sie habe mit ihrer Politik, die immer darauf bedacht war, keine Wiedervereinigungschance zu verbauen, die Deutschen hüben und drüben auf die Schlachtbank führen wollen.

Derselbe Bundeskanzler aber, der bisher die Wiedervereinigung immer von der Aufrüstung abhängig machte, verkündet, ohne dass er von dieser These abgegangen wäre, nun seit einiger Zeit nicht nur die absolute Notwendigkeit einer allgemeinen Aufrüstung, sondern gleichzeitig, dass die deutsche Wiedervereinigung erst in Gefolge einer solchen Aufrüstung erfolgen könne! Also: Um zur Wiedervereinigung zu gelangen, muß man aufrüsten, weil nur die Aufrüstung uns die Wiedervereinigung bringen wird. Noch kürzer: man muß aufrüsten, um abzurüsten.

Die neue Konzeption des Kanzlers ist in Washington offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen. Wer weiß, ob der plötzlich ewig-

4.7.1955

lächelnde, Baruch-einladende, auf Pressekonferenzen charmerende Molotow in Genf nicht einen tatsächlich ernstzunehmenden Abrüstungsvorschlag aus seinem Ärmel hervorzaubern wird. Zwischen der Konzeption Pinays, wie dieser sie in San Franzisko vorgetragen hat, und derjenigen Molotows, bestehen ohnehin nur noch graduelle Unterschiede, und auch die britische Diplomatie wäre selbstverständlich für eine echte Abrüstung jederzeit zu haben. Paradiesische Zustände: Dulles, MacMillan, Pinay, Adenauer und Molotow ein Herz und eine Seele? Indes schießen die Preußen hüben und drüben natürlich nicht so schnell, und wenn überhaupt, so wird es Jahre brauchen, bis die Großmächte wirklich abzurüsten beginnen.

Aber wie wäre es mit einem kleinen Abrüstungs-Experiment auf deutschem Boden, jenem Experiment, das deshalb so leicht durchzuführen wäre, weil man es sowohl in der Bundesrepublik, wie auch in der DDR in Form einer Begrenzung der geplanten, aber noch nicht verwirklichten Aufrüstung durchführen könnte. Man kennt die Formel: 4 Divisionen in Westdeutschland und 2 in der DDR, oder 5 hier und 3 dort. Die Großmächte setzen die Zahl fest, garantieren einander, dass sie nicht überschritten werde.

Nun würde in der Bundesrepublik gewiss niemand Tränen darüber vergießen, wenn statt der geplanten zwölf Divisionen - die ja wohl sehr bald einmal 24 wären - nur deren 5 oder 4 aufgestellt werden müssten und man überdies die Gewissheit hätte, dass in der Zone keine regelrechte Armee aufgestellt wird. Aber zunächst einmal wäre bei einer solchen Regelung zu fragen, wo denn nun eigentlich die versprochene Wiedervereinigung bleibe? Und zweitens, wozu eigentlich dieser ganze jahrelange Krampf, diese von Adenauer so erbittert geführte und für die junge westdeutsche Demokratie so verlustreiche Schlacht um die 12 Divisionen, die man dem Volke fünf Jahre lang als Allerweltsmittel dargestellt hat: Schutz vor den Russen, vor einem Bruderkrieg, vor der Atombombe, vor dem Abzug der Amerikaner, vor einem neuen Potsdam und als einziges Mittel zur Erreichung der Wiedervereinigung?

Wiedervereinigung nur durch Stärke und westdeutsche Aufrüstung; aber andererseits Wiedervereinigung erst als Folge einer allgemeinen Abrüstung; also Aufrüstung der Bundesrepublik als Voraussetzung für eine Abrüstung im größeren Rahmen. So konfus das sein mag, so ist es doch die Politik des Bundeskanzlers. * * *

Fünf Wochen Regierung Hellwege

-dt, Hannover

Der niedersächsische Landtag ist in die Ferien gegangen, ohne einen neuen Kultusminister zu bestellen. Heinrich Hellwege, an einer raschen Besetzung dieses Ressorts nicht interessiert, hat einen trefflichen Grund bekommen, diese Sache hinauszuschieben. Am gleichen Tag, da ihm die Fraktion der niedersächsischen FDP als Notnagel den ehemaligen Protektor Schlüters, den Oberstadtdirektor i.R. Erich Schmidt aus Göttingen präsentierte, las er in den Zeitungen, dass der FDP-Bundesvorstand mit dieser Lösung nicht einverstanden sei. Es fiel Hellwege nicht schwer, zunächst von dieser beiden Gremien eine Einigung zu verlangen, ehe er sich selbst entscheidet. Darüber werden nun die Sommerferien vergehen.

Es ist zu erwarten, dass sich während dieser Zeit in der niedersächsischen FDP einiges ereignet. Der Anfang ist getan: der seit Jahren umstrittene, von Artur Stegner einst nach Niedersachsen geholt, ehemalige HJ-Gebietsführer Horst Huisgen, Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes der FDP, ist von seinem Posten zurückgetreten. Er war die "Graue Eminenz" im Hauptquartier der Niedersachsen-FDP; ihm wird zugeschrieben, dass aus dem einst liberalen Landesverband die Partei wurde, die der Öffentlichkeit einen Kultusminister Schlüter zuzurechnen konnte. Als nächstes wird von den liberalen Bezirksverbänden, die durch die Schlüter-Affäre neuen Schwung bekommen haben, ein außerordentlicher Parteitag vorbereitet, der den Landesvorsitzenden Strömer abservieren soll, weil er von den beiden Strömungen der Partei nur die von Huisgen verkörperte, begünstigt und nichts für einen Ausgleich getan habe.

Finanzen für die FDP, Kultur an die CDU ?

Die Initiatoren dieser Kampagne, das darf aus verschiedensten Anzeichen geschlossen werden, hat der FDP-Bundesvorstand aussersehen, die Partei aus dem Schlüter-Dilemma herauszuführen. Ein junger Bundestagsabgeordneter aus Niedersachsen soll das Finanzministerium übernehmen, während die CDU, die heute dieses Ressort verwaltet, das Kultusministerium bekommen soll. Es ist ein noch vager Plan, dass er aber gelinge, ist Hellweges derzeit größtes Anliegen. Denn wenn die CDU das Kultusministerium hat, kann sie auf den ihr vertraglich zustehenden Staatssekretär in diesem Haus verzichten. Hellwege kann

dann auf diesen Posten den Mann lassen, der wie kein zweiter das Vertrauen der Landeskirche besitzt: Dr. Bojunga, von Kopf vor 1 1/2 Jahren aus Göttingen ins Kultusministerium geholt, als das Schulgesetz greifbare Formen annahm.

Hellweges Aussichten, auf diese Weise über die Anfangsmisere seiner Regierungszeit "hinwegzuschlütern", sind ziemlich realistisch; zumindest hat er jetzt Zeit gewonnen und das ist in seiner Situation viel. Er kann sich nun den anderen Aufgaben widmen, die sich aus der Regierungsbildung ergaben und die seine Parteizeitung mit der Überschrift ankündigt: "Personalpolitische Maßnahmen der Regierung laufen an". Die "Konskriptionsliste", die Aufstellung der aus parteipolitischen Gründen abzuschliessenden Beamten, mit anderen Worten eine Art Durchführungsverordnung zum Koalitionsvertrag, wird nun aus der Schublade gezogen. Sie ist nicht so umfangreich, wie man im ersten Rausch des Kuhhandels, genannt Koalitionsbildung, hoffte, sie durchsetzen zu können - ein genaues Studium des Beamtengesetzes ließ die Unmöglichkeit mancher Wünsche deutlich werden - aber wie alle "Personalien" werden die nun kommenden Maßnahmen das Land stärker bewegen, als man wahrscheinlich erwartet.

Staatssekretäre im Ringtausch

Ein Anfang ist auch da getan: am 1. Juli mußte Staatssekretär Auerbach, ein international bekannter Experte im Sozialwesen, seiner Schreibtisch im Sozialministerium räumen; sehr gegen den Willen des neuen Sozialministers Rudolph von der CDU. Die Entlassung kam so plötzlich, dass Auerbach nicht in der Lage war, seinen ordnungsgemäßen Urlaub zu nehmen. Die Plötzlichkeit ist damit zu erklären, dass das niedersächsische Landvolk mit allem Nachdruck, deren bäuerliche Organisation fähig sind, auf der Einlösung eines Wahlversprechens beharrte. Unter Assistenz des Bundeskanzlers war dem Landvolk dafür, dass es in der "Koalition um jeden Preis" der "landfremden" Landwirtschaftsminister Kessel schluckte, der Staatssekretär im Sozialministerium zugesagt worden. Das wird nun der Hauptgeschäftsführer des Landvolkes, Deetjen, im Dritten Reich Leiter der "Bluto"-Propaganda des Reichsnährstandes. Ihm muß der rassistisch und politisch verfolgte Auerbach weichen, weil er Sozialdemokrat ist. Die Besetzung der einzelnen Posten erfolgt im Ringtausch.

Auch der zweite sozialdemokratische Staatssekretär, Dr. Harm im Finanzministerium, ebenfalls politisch Verfolgter, ist jetzt in den Wartestand versetzt worden. Seine Stelle soll nach der Koalitionsarithmetik Prof. Hunke (BHE) einnehmen, dereinst Ministerialdirektor im Reichspropagandaministerium. Die übrigen acht Staatssekretäre sind keine Sozialdemokraten; man mag daraus ersehen, wie die vielgeschmähte Personalpolitik der Regierung Kopf in Wirklichkeit ausgesehen hat.

Nach den Staatssekretären kommen die Regierungs- und Polizeipräsidenten an die Reihe. Der niedersächsische Steuerzahler wird also unter dem Motiv "Koalitionsarithmetik" noch gehörig strapaziert werden. Den Wahlkampf hat Hellwege mit dem Schlagwort geführt: "Auf den Pfennig kommt es an."

* * *

Aktivierung der Wiener Südtirol-Politik

Eine außenpolitische Folge des Staatsvertrages

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Steigt man in Bozen aus dem Zug, so schallt einem die Lautsprecheransage in deutscher und italienischer Sprache entgegen. Diese Zweisprachigkeit tritt einem auf Schritt und Tritt entgegen. In dieser Hinsicht wird das Pariser Abkommen von 1946 über Südtirol offenbar loyal erfüllt. Aber sonst, so scheint es, liegt manches im Argen. Deshalb hat, kaum dass die Tinte unter dem österreichischen Staatsvertrag getrocknet ist, die Regierung in Wien deutlich gemacht, dass sie nicht daran denke, die Dinge in Südtirol treiben zu lassen wie bisher. Eine Welle beiderseitiger Empörung, ausgelöst durch Terrorakte gegen Südtiroler deutscher Abstammung und durch eine scharfe Stellungnahme des österreichischen Außenministers Figl, ist zunächst wieder abgeebbt. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob die Beruhigung anhalten wird.

Die Klagen der Südtiroler sind vielfältiger Art. Die 215 000 Südtiroler, in der Volkspartei politisch organisiert, beanstanden nicht die Äußerlichkeiten der Autonomie und ihrer Durchführung. Ihre Beschwerden betreffen die Dinge unter der Oberfläche: Die systematische Unterwanderung durch Italiener, deren Bevölkerungsanteil von 7 % 1918 auf 33 % gestiegen ist, die Schwierigkeiten, die die Südtiroler bei der Rückwanderung in ihre Heimat haben, die ungünstige Vertretung der Südtiroler in den öffentlichen Körperschaften, die beschränkten Funk-

tionen der Selbstverwaltung. So warten immer noch Tausende von sogenannten Rückoptanten, die 1938 auf Grund des Abkommens zwischen Deutschland und Italien ihre italienische Staatsangehörigkeit mit der deutschen vertauschten, vergeblich auf die Erlaubnis zur Rückkehr. Weiterer Streitpunkt ist die Verpflichtung Roms, in Südtirol nur Beamte mit Doppelsprachigkeit zu ernennen, was aus Mangel an Bewerbern nicht durchführbar ist.

Solange die Triestfrage akut war, gingen auch in Südtirol die Wogen hoch. Denn die Südtiroler Volkspartei hielt den Italienern vor, sie wollten zwar für Triest das Selbstbestimmungsrecht, enthielten es aber Südtirol vor, dass seit 1945 einem systematischen Italienerierungsprozeß von Antswegen ausgesetzt sei. In Wien registrierte man sorgfältig jeden einzelnen Fall von Verletzung des Autonomiestatus, ob er nun echt oder aufgebauscht war. Man ist am Ballhausplatz im Augenblick außerdem dabei, seine Beziehungen zu den Nachbarn unter den Gesichtspunkt einer souveränen Neutralität zu stellen. Zu diesen unmittelbaren Nachbarn gehört nun auch Italien. Seine Haltung gegenüber Österreich war bisher, wie man in Wien meint, nichtachtend. Es müßte, so sagt der Ballhausplatz jetzt, seinen Beziehungen zu Wien ebenso wie die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien etwas mehr Aufmerksamkeit widmen. Als Wertmesser dafür wird die Haltung Roms zu Südtirol genommen. So sprach der Artikel recht offen von zunehmender Diskriminierung, von Schädigung der Südtiroler Interessen, mit einem Wort von "Verstößen gegen Buchstaben und Geist des Pariser Vertrages von 1946", der als ein unabdingbares Axiom der österreichischen Politik bezeichnet wird.

Aktueller Anknüpfungspunkt waren einige Vorgänge, im Zusammenhang mit der Räumung Österreichs von den Besatzungstruppen. Bekanntlich berührt sich Italien um die freiwerdenden amerikanischen Truppen. Man möchte sie nach Südtirol verlegen, wo dann erhebliche Ausbauten ausgeführt werden müßten. Zu diesem Zweck möchte man einige zehntausend italienische Arbeitslose als Arbeitskräfte nach Südtirol importieren, um auf diese Weise das Tiroler Element weiter zurückzudrängen. Die sichtbar gezeigten Subventionen Roms zur wirtschaftlichen Überfremdung, die Wiedergründung der Mussolini-Gesellschaft für Bodenenteignung und die kürzliche Verurteilung junger Südtiroler, die die Volksabstimmung für ihre Heimat gefordert hatten, sind in Wien genau vermerkt worden.

Das Wiener Parlament hatte in der Besatzungszeit jede laute Polemik über Südtirol unterdrückt. Vergessen haben die österreichischen Politiker darum das abgetretene Land nicht. Und die neue Aera der Neutralität gedenken sie offenbar zu einer Aktivierung der Südtirol-Politik zu benutzen.

* * *
Oberländer unerwünscht

sp - Eine Woge leidenschaftlicher Verbitterung und aufgeregter Unzufriedenheit schlug in einer Münchner Versammlung am Sonntag dem Mann entgegen, dem die Fürsorge für die Opfer und Geschädigten des zweiten Weltkrieges auf Bundesspitze anvertraut ist - dem Bundesvertriebenenminister Professor Oberländer. Er bekam in voller Härte die tiefe Enttäuschung jener Menschen zu spüren, die im Schatten des bundesrepublikanischen Wirtschaftswunders leben und die in Zuge der kommenden Aufrüstung ganz unter den Tisch fallen werden.

Zehn Jahre nach Kriegsende gibt es für ungezählte Opfer der Bombardierungen, für die Evakuierten und Fliegergeschädigten immer noch unbezahlte Rechnungen; die Bundesregierung hat es versäumt, sie zu honorieren. Ungezählte Menschen leben immer noch in menschenunwürdigen Behausungen; ihre Hoffnung, aus dem Elenddasein herauszukommen, macht die Aufrüstungspolitik zunichte. Die Eile, mit der die Bundesregierung die Wehrgesetzgebung betreibt, steht allerdings in einem recht bezeichnenden Gegensatz zur Nachlässigkeit und Langsamkeit der Fürsorge für das menschliche Strandgut des letzten Krieges.

Wie fehl am Platze und wie provokatorisch mußte bei der Zusammensetzung dieser Münchner Versammlung Oberländers Bemerkung wirken, jeder künftige Soldat solle wissen, was er verteidigt. Soll er die Bunker und Baracken verteidigen, in denen noch Hunderttausende heute hausen müssen? Der Wohnungsbau und eine umfassende, die Menschen von Not und Furcht befreiende Sozialgesetzgebung nehmen in der Liste der innenpolitischen Aufgaben nicht mehr den ersten Rang ein; der Bau von Kasernen und der Aufbau einer kostspieligen Rüstung drängte sie in die Rolle eines innerpolitischen Aschenbröckels.

Dieser Münchner Vorfall ist mehr als ein Symptom, er ist ein erschreckendes Zeugnis für die unter der Oberfläche unseres Staatwesens gärenden Strömungen, für die Bitterkeit eines Gefühls des Übergangs- und Verlassenseins bei jenen Menschen, von denen der westdeutsche Teilstaat soviel verlangt und denen er so wenig gab. Diese Protestausbrüche gelten dem Politiker Oberländer als maßgeblichen Vertreter einer Politik, die in ihrer letzten Konsequenz den Überlebende Leidensheer der Verlorenen und Ausgestoßenen des zweiten Weltkrieges in Zukunft neue verlorene Haufen zuführen wird.

Verantwortlich: Peter Baunau